

daß dazu auch Vertrautheit mit den Bedingungen des Parteikampfes und Eingewöhnung in seine Formen, erprobte persönliche Zuverlässigkeit und Charakterfestigkeit, und schließlich völlige Einordnung in die Reihen der kämpfenden gehört — kurz, daß sie, die „akademisch gebildeten“, alles in allem weit mehr von den Arbeitern zu lernen haben, als diese von ihnen.

London, 7. September 1890.

Sozialpolitische Rundschau. Deutsches Reich.

Nationalliberaler Schriftstellerstand zeigt sich in der charakteristischen Besprechung der neuesten Debellen Arbeit im „Leipz. Tageblatt“. Dasselbe schreibt: „Herr Debel hat eine 184 Seiten starke Schrift: „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ herausgegeben. Es handelt sich offenbar um die Ergebnisse der seiner Zeit von Debel veranstalteten Bäcker-Enquete. Was in der Schrift enthalten ist, kann man sich denken. Herrn Debel's Grundfrage ist, die Menschen unter allen Umständen unzufrieden zu machen, und er scheut, um dieses Ziel zu erreichen, vor nichts zurück.“ Billiger und einfacher kann man sich das Bäckerei-besprechen schon nicht mehr machen. Selbst das sonst bei dieser Beschäftigung geübte Aufschreien der ersten Begegnung, erpart man sich auf diesem Wege zu können, erspart man sich auf diesem Wege auch eine Enttäuschung der vielen in diesem Buche enthaltenen unangenehmen Tatsachen ist man auch überhoben. Dabei ist das „Leipziger Tageblatt“ das Organ der „besseren Stände“ einer Stadt, die sich auf ihre Intelligenz gar viel zu Gute thut. Und da ärgern sich nach diese Gelehrten, wenn wir vom Durchgange der Intelligenz im deutschen Bürgerthum sprechen.

Das „Leipziger Tagebl.“ schreibt: „Die sozialdemokratische Agitation hat sich jetzt wieder ein neues oder doch seit längerer Zeit zurückgetretenes Ziel vorgesetzt, nämlich die Bekämpfung des Massenanstreites aus der Landesflucht.“ Uns ist nur daran, daß eine, wie gerade die letzten Wochen beweisen haben, einflusslose Gruppe der Berliner Parteigenossen, sich mit diesem Plane beschäftigt. Daß die Partei als solche oder einflussreiche Personen in derselben diese Absichten billigen, weiß außer der „Leipziger Lant.“ Niemand. Wir betrachten die Religion als Privatangelegenheit und werden diesen Standpunkt auch stets in unseren Spalten vertreten. Wir wissen, daß die alten Religionen seit Jahrhunderten in einem unaufhaltsamen Zerfallsprozesse begriffen sind. Denselben haben in allererster Linie die großen Philosophen und Kritiker befördert, welche vom Liberalismus als die Väter ihrer Doktrin in den Himmel gehoben wurden. Daß es viele Absichten in unseren Reihen giebt, ist Thatsache, doch ein nicht geringerer Prozentsatz befindet sich in den Reihen der Liberalen. Unsere Absichten unterscheiden sich von den liberalen meist dadurch, daß sie so eifrig sind, die Konsequenz aus ihrer Ueberzeugung zu ziehen und aus der Kirche auszutreten, während viele liberale Absichten in die Kirchen und Synagogen gehen, der lieben Frau, Schwiegermutter oder ihrer Vorgesezten wegen, oder auch weil ein zu beehrender Verwandter es gerne sieht. Dies der Unterschied, der unseren Absichten sicherlich nicht zur Unrechte gereicht. Aber der Abscheu als solcher hat mit unserer Partei, die eine ökonomische und politische, nicht aber eine religiöse oder irreligiöse ist, gar nichts zu schaffen.

Ein prächtiges Zugeständnis entschlüpft dem „Leipz. Tageblatt“ in einer Besprechung der aufständischen Streike, wenn es sagt, das Interesse der Arbeiter sei identisch mit der Freiheit der Arbeiter. Wie haben wir etwas anderes behauptet; das, was als Freiheit der Arbeiter von den Unternehmern und ihren literarischen und wissenschaftlichen Helfershelfern gepriesen wird, fällt zusammen mit dem Interesse der Unternehmer, die Arbeiter zu willkürlichen Geschöpfen herabzubringen, sie unbeschränkt zu knebeln, um dadurch die Arbeiter mit den niedrigsten Löhnen abspießen und den Unternehmern die Millionen in die Tasche zu packen zu können. Die „Freiheit der Arbeiter“, die die Unternehmer preisen, ist etwas ganz anderes, als die, welche wir meinen. Die Freiheit der Arbeiter im Unternehmerrinne besteht in der Vereinzelung des Arbeiters, in seiner Vornahme von seinen Gewerks- und Klassenorganisationen, in der Erschwerung ihrer Organisationsmittel und in der Vereitelung jedes erfolgversprechenden Widerstandes gegen die von der Seite der Unternehmer geplanten Altentate auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Die Freiheit, die wir für die Arbeiter verlangen, ist die Freiheit sich ungehindert zu organisieren und für ihre politischen und ökonomischen Interessen ebenso ungestört einzutreten zu dürfen wie die Unternehmer. Welche von diesen beiden Freiheiten Freiheit, welche Sklaverei ist, überlassen wir nicht der Entscheidung der Gelehrten vom „Leipz. Tageblatt“, sondern dem gefunden Sinne unserer Arbeiter.

Im Hamburger Fachverein der Maurer sollen nach einer Angabe des „Dresdner Anzeiger“ die wir darauf nicht kontrollieren können, 1100 M. unterschlagen worden sein. Dazu bemerkt das Publikationsorgan des Igl. Polizeibereichs: „Die 1100 M. sind einwillen weg, aber die Sache kann noch recht amäsan werden und ausgiebige Blide hinter die Kaulissen zulassen, hinter denen die Herren Führer der Arbeiter agieren.“ Dazu gehört ein hübsches Stück Unverschämtheit, einen tätigen, von dem edlen Blatte selbst noch nicht

als erwiesenen betrachten Fall, gegen eine Partei ausbreiten zu wollen, von der man weiß, daß Hunderttausende Mark Parteigelde von den ärmsten Proletariern in musterhafter Weise verwaltet wurden. Was würde das würdige Organ von uns sagen, wenn wir die berühmte Unterschlagung des Leipziger Staatsanwaltes Scanziga der ultramontanen Partei, die geniale Geldmanipulationen der berühmten Staatsanwälte, des Polizeikommissars Paul den Polizeibeamten zur Last legen würden! Die Herren von der Partei des „Dresdner Anzeiger“ haben vor den Thüren des Kartells genug Schmutz wegzuwerfen, während keine Partei so rein dasteht, vor allem was die Verwaltung der Parteigelde betrifft, als die Sozialdemokratie. Freilich darin sind und die Kartellmänner über, die Winkelmann, Jerusalem und Paul hätten lumpige 1100 Mark stets verachtet!

Eine unerhörte, für unser Volk tief beschämende Nachricht läßt die Londoner „Times“ aus unseren ostafrikanischen Schutzgebieten berichten. Dieselbe lautet nach der „Voss. Zig.“: Aus Ostafrika trifft die überraschende Nachricht hier ein, daß der stellvertretende deutsche Reichskommissar in Bagamoyo eine Kundmachung erließ, welche daselbst, wie in der Nachbarstadt den ungeheuerlichen Verkauf und Ankauf von Sklaven gestattet. Nur die Sklavenausfuhr über das Meer ist verboten. Die Araber dürfen auch entlaufene Sklaven wieder einsaugen, Unter den Arabern in Bagamoyo herrscht darüber große Freude. Die Sklaven eines jüngst verstorbenen arabischen Sklavenhändlers wurden in Bagamoyo unter Aufsicht von deutschen Beamten öffentlich versteigert. Die Araber glauben fest, die deutsche Verwaltung habe gegen den Sklavenhandel und die Sklavenshaltung nichts einzuwenden. — Wenn darin unsere Kulturmission in Afrika besteht, den Sklavenhandel zu stören, ihn unter unsere Kontrolle zu nehmen, dann können wir ruhig darauf verzichten noch ein jähliches Volk genannt zu werden. Ein Schritt der Entstellung muß durch ganz Deutschland gehen, wenn sich die Nachricht bemächtigt, damit wir beweisen, daß das deutsche Volk den barbarischen Standpunkt seiner Regierung nicht theilt.

Die neue Art und Weise, wie Reichskommissar Wismann bei seinen Besuchen in Bremen und Hamburg Geld für kolonialpolitische Zwecke häufig zu machen gewohnt hat, kann, wie die „Voss. Zig.“ schreibt, im Interesse der Steuerzahler nur gebilligt werden. Er hat sich an die vielen Kolonialvereine und an die bei dem überseeischen Handel vorwiegend beteiligten Industrie großer Geschäftshäuser gewendet. Die 150,000 Mark für sein Lieblingsprojekt, für einen Dampfer auf dem Viktori-Nyanza-See, sind belamäntlich auf diese Weise schon gesammelt. So bleibt das Volk, welches wenig Interesse an dergleichen Unternehmungen hat, verschont, und die Herren Kolonialvereine kommen endlich einmal in die Lage, ihre Begehrung in die That umsetzen zu können. Daß sie ein gewaltiges Aufsehen wegen ihrer „Opfer“ machen, schadet nicht; Reichskommissar Wismann kommt schon wieder mit neuen Wünschen, die unsern Kolonialpolitikern zeigen, daß es mit den erkmalligen Beiträgen durchaus nicht gethan ist. Major von Wismann wünscht auch noch je einen Dampfer für den Tanganjika- und den Nyassa-See. Der Patriotismus und der Opfermuth unserer Kolonialfreunde muß sich also noch in größerem Maßstabe bewähren. Der Reichskommissar hat ihnen ja auch in seiner Bremer Rede ein kleines Zugeständnis gemacht. Er hat, anerkennend mit scharfer Ueberzeugung, wie national-liberale Blätter betonen, die Worte gebraucht, daß durch die Dampfschiffahrt auf den Seen in Ostafrika „Vieles verdrängt, Vieles wieder ins Geleise gebracht werde, was, wie die Allgemeinheit glaubt, durch unsere letzten Verträge geschädigt worden ist.“ Ein Pfaffen auf die Wunde der kolonialpolitischen Fronte, welche vergeblich gegen den Vertrag mit England opponirt hat, freilich auch eine Anerkennung, die sich im Munde eines Vertreters der vertragschließenden Regierung etwas seltsam ausnimmt.

Zu der auch von uns gebrachten, seither amtlich dokumentirten Mittheilung, daß im Kreise Kynonit der Hungertypus herrsche, bemerkt der „Reichsbote“ auf den Einwand der „Frei. Zig.“, daß die Wirthschaftspolitik der Regierung solche Zustände verschulde, begünstigend: „Renner der dortigen Gegend behauptet, es sei lächerlich, einen etwaigen Hungertypus in dortiger Gegend mit mangelndem Fleischgenuss in Verbindung zu bringen, da die Masse der Bevölkerung dort auch früher so gut wie kein Fleisch gegessen habe, sondern sich immer fast ausschließlich von Kartoffeln und Schnaps genährt habe.“ — Nun, damit sagt der „Reichsbote“ nichts Neues, Renner der dortigen Gegend wußten schon lange, daß die große Mehrzahl der Bewohner Oberösterreichs Fleisch nur den Namen nach kennen.

Seit die Regierung davon Abstand genommen hat, das Sozialkenngezet zu verhängen, ist es wunderbar, wie die Organe der Kartellpartei jetzt darin weitern, nachträglich darzutun, daß das Sozialkenngezet das denkbar schlechteste und verdrätschteste Gezet gewesen ist. Wir wären früher, schreibt die „Frei. Zig.“, schon zufrieden gewesen, wenn von dieser Seite auch nur der zehnte Theil des jetzigen Ueberflüssigen Eifers in der Bekämpfung des Sozialkenngezetes von den Kartellpartei entwickelt

worden wäre. Das freikonservative „Deutsche Wochenblatt“ führt jetzt gegen das Sozialkenngezet noch ganz besonders an, daß dasselbe im Widerspruch gestanden habe mit der allgemeinen Wehrpflicht. Es sei auf die Dauer ein heillos und unheilbarer Widerspruch, eine große Schicht der Bevölkerung als revolutionärdächtig zu behandeln, und sie gleichzeitig durch Unterwerfung im Waffenhandwerk für ihr angebliches Vorkommen als Beste vorzubereiten. Das Sozialkenngezet würde die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung einer fremden Soldatentruppe im Solde der Regierung zur schließlichen Konsequenz und damit eigentlich zur Voraussetzung haben.

Wie wir dem sächsischen „Vaterland“ entnehmen, findet am 18. Oktober in Karlsruhe in Baden ein deutscher konservativer Parteitag statt. Wir sind begierig, welcher von den beiden gleichzeitig stattfindenden Parteitagen, dem konservativen und dem unserer Partei, mehr Interesse auf sich lenken wird.

Parteinachrichten. In Hannover erscheint vom 1. Oktober ab ein neues Parteiorgan: „Der Volkswille“, welcher vom Abg. Durm redigirt wird.

Parteipresse. Die im Verlage von A. Wed in Offenburg erscheinende Zeitung „Südwestdeutsches Volksblatt“ wird vom 1. Oktober ab dem Haupttitel „Volkstreu“ annehmen. In der Erscheinungsweise des Blattes wird nichts geändert.

Berichtigt. Von einer Kandidatur des sozialistischen Landtagsabg. Wagner aus den Bürgermeistern in Apolda ist nach dem „Apoldaer Tageblatt“ dort gar nicht die Rede.

Was alles in unseren Kasernen vorkommen kann, mögen die Lobredner des Militärs aus den folgenden Mittheilungen erselien, welche die „Berl. Zig.“ bringt:

Ein geradezu bestialisches Verbrechen ist am Abend des 8. d. M. in der Alexanderkaserne am Sieckhaufe an einem fünfzehnjährigen Mädchen verübt worden. Dort lasirirt bekanntlich zur Zeit das aus Anlaß der Kravalle am Friedrichshain nach Berlin beordert 52. Infanterieregiment, und der Verbrechen von Jostbergs, welche ihrer beim Regiment dienenden Angehörigen besuchen, ist ein sehr reger. An jenem Abend, es war am Mittwoch, kam nun das junge Mädchen nach der bezeichneten Kaserne und fragte nach einem ihr bekannten Soldaten, die Besucherin zu dem Soldaten hinzubringen. Als sie auf die betreffende Stube kam, woselbst eine größere Anzahl Soldaten lag, vollzog sich eine Scene, die zu schidern sich die Feder sträubt. Das arme Mädchen wurde von den Soldaten überfallen und so lange vergewaltigt, bis es bewusstlos liegen blieb. Aus Furcht vor Strafe und aus nachträglichen Entsetzen über die That wagte es zunächst keiner der Soldaten, die Ohnmächtige herauszubringen, auch hätte dies, ohne Aufsehen zu erregen, nicht geschehen können. Am nächsten Morgen aber mußte dem Feldwebel du jour Meldung gemacht werden und die Unglückliche, die noch immer bewusstlos war, wurde nun mittelst herbeigeholten Krankentragens nach der Charité befördert.

Eine derartige brutale Schändlichkeit also, welche zu charakterisieren kein Ausdrud stark genug ist, eine solche verächtliche That ist in einer Kaserne begangen worden, in einer Kaserne, die als „Berliner Kolonie“ und „Erziehungsanstalt“, in welcher angeblich den jungen Männern die höchsten Tugenden eingeprägt werden. Wenn man so in den Parlamenten die Herren Offiziere vom Regierungstisch mit der größten Begeisterung schildern hört, wie wunderbar alles beim Militär eingerichtet ist, wie das Militärlieben die bessere Schule für die Söhne des Volkes ist, deren Ehegattin hier gebildet wird und welche davon dauernde moralische Vortheile für ihr ganzes weiteres Leben haben, wenn alles das schon auseinandergelegt wird, so gehen dem patriotischen Pöbel die Augen über vor nationaler Rührung, und dankbaren Herzen preisen sie die Segnungen unserer unübertrefflichen Armeeeinrichtungen. Wer sich aber die Sache etwas mehr aus der Nähe angesehen hat, nicht als Offizier, der auf dem Kasernenhofe einherstolzirt, seine „erzieherische“ Aufgabe erfüllt, indem er mit Großheiter gegen die „bummen Polakn“ um sich wirft, und der dann im luxuriös eingerichteten Kasino seine Standesküche pflegt, sondern als gemeiner Soldat, der an sich selbst und an seinen Kameraden täglich die Probe auf die Verzagtheit dieser Erziehungsmethode machen kann, der denkt doch etwas anders darüber. Wo soll denn das männliche „Ehegattin“ bleiben, wenn immer und immer nur der lumpige Kadavergehorsam, auch dem offenbaren Unrecht gegenüber, verlangt wird? Und wo soll der junge Mann Gelegenhe haben, sich irgendwie weiter zu bilden, wenn tagaus tagein ununterbrochen alle die Kleinigkeiten des Gamaschendienstes auf ihm lasten, und wenn die geliebteste Frucht des Kasernenlebens ihm jede Freiheit der Bewegung nimmt? Und das Kasernenleben überhaupt, auch wo es nicht dienstlich überwiegt — welche Rede, welche Fülle von Verletzungen jeder feineren Empfindung! Jeder einigermaßen einsichtige Pädagoge wird es beklagen, daß das System der

Internats, das Kasernenleben höchst bedenkliche Seiten hat, und daß die Gefahren dieses Systems um so größer werden, je strenger die Justiz gehandhabt wird. Es ist ja wohl zur Genüge bekannt, was für furchtbare Zustände in den Kadettenanstalten und ähnlichen Kasernen- Erziehungsanstalten herrschen, bei denen auf eine straffe Hausordnung und auf möglichste Abschließung der Pädalnge von der Außenwelt fällsichung der Pädalnge von der Außenwelt gelegt wird. Ebensoviele, wird es hier für die Kinder erzieherisch ist, mit vielen ihres gleichen zusammengebracht zu werden, ist das Männen von 20 Jahren dienlich. Es ist nur natürlich, daß die Bewohner von Kasernen an Joten und gemeinen Redensarten so viel Gefallen finden, und ebenso natürlich ist es, daß es nicht bei den gemeinen Redensarten bleibt, sondern daß man gelegentlich auch zu Handlungen übergeht. Wir sind gewiß nicht zimperlich, wir gebären nicht zum „Männerbund zur Bekämpfung der Unfruchtbarkeit“ und wir sind weit entfernt davon, den Geschlechtstrieb unfruchtlich zu nennen, wie das die Frommen thun; aber wir haben auch kein Interesse daran, die Sache zu verhehlen, daß durch das Kasernenleben der Geschlechtstrieb in gefährliche Bahnen gelenkt wird. Wer das Leben in der Kaserne kennt, weiß, in welchem Maße dort von gewissen Dingen gesprochen wird, und was für Anspielungen und Witze unsehbar gemacht werden, wenn sich einmal ein weibliches Wesen blicken läßt. Die Folgen dieser Erziehung“ kann man an dem oben mitgetheilten Falle sehen, wo sich ein Haufe von Soldaten mit viehischer Brutalität auf ein zufällig dahergekommenes Mädchen, fast noch ein Kind, stürzt, um ohne Rücksicht auf das arme Wesen oder auch nur auf die drohende Strafe die Willkür zu betreiben. Und da ist unter der ganzen Rotte nicht ein einziger gewesen, der Bestimmung und Energie genug besessen hätte, um dem wahnwichtigen Treiben Einhalt zu thun. Solche Verbrechen pflegen sonst von Einzelnen ausgeführt zu werden; bei einer solchen Massenbetheiligung dürfte eine derartige Unthat andevono nicht möglich sein. Die schänden Behauptungen von dem veredelnden Einflusse des Militärliebens wird man an diesem Vorkommniß auf ihren wahren Werth prüfen können. An ihren Früchten wird man auch diese Erziehung erkennen. — Und was sagen denn nun die friedlichen Bürger, welche eben durch diesen jetzt so traurig berühmt gewordenen Truppenebel vor den bösen Arbeitern geschützt werden sollten?

Ein Bürgermeister im Weimarschen verbot eine sozialdemokratische Versammlung, weil er keine Zeit hatte dieselbe zu überwachen.

Die Einfuhr lebender österreichischer Schweine ist nunmehr auch nach Südt freigegeben worden.

Auch der Königsberger Magistrat hat entsprechend den bezüglichen Beschlüssen der dortigen Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Aufhebung einer Petition an das Ministerium um Aufhebung des Schweineeinfuhrverbotes beschlossen.

Die Einfuhr von italienischen Schweinen ist, wie die „Straßburger Korrespondenz“ meldet, durch Verfügung des Unterstaatssekretärs von Schrant bis auf Weiteres in das Schlachthaus von Wülhausen I. E. gestatet worden.

Kasatt. Eine Brutalität sonder Gleichen ist am 9. d. M. hier von einem Lieutenant des hiesigen Regiments, Namens Brandenburg, verübt worden und zwar an dessen Burshen, dem Musikanten Gottschalk. Als Gottschalk, wie dem „Vad. Landeshote“ mitgetheilt wird, etwas verspätet nach Hause kam, erhielt er von dem Lieutenant mit dem Seitengewehr einen Stoß in den Hals und einen Hieb auf den linken Kopf, der eine 7 Centimeter lange Wunde hinterließ. Der Lieutenant sah aber auch jetzt noch nicht ein, daß er sich eines schweren Vergehens schuldig gemacht, sondern insulirte die dem Burshen zu Hilfe eilenden Leute. Der schwerverletzte Musikant wurde in das Lazareth verbracht.

Strahburg. Der katholische „Wasser“ berichtet über eine Unterredung eines Wülhauser Korrespondenten mit dem Reichstagsabgeordneten Hidel über die Pläne der Sozialisten im Oberelb. Demnach soll die Partei bei den nächsten Wahlen auch den vom Stadtparrer Winterer von Wülhausen vertretenen Wahlkreis Altitz-Chann für sich in Anspruch nehmen. Ferner wird beabsichtigt, in Wülhausen eine „Wahl-Vorbereitung“ heranzubringen. Bei den nächsten Gemeindevorwahlen, welche 1891 stattfinden werden, wollen die Sozialisten 12 von den 36 Sitzen für sich gewinnen. Das Urtrot auf die notwendigen Lebensmittel soll aufgehoben, dagegen eine höhere Besteuerung der Luxusgegenstände eingeführt werden. Das Besungswort soll sein: „Wir sind lange genug von den Fabrikanten ausgebeutet worden, an uns ist nun die Reihe, sie ebenfalls auszubehuten.“

Osterreich.

Wien. Der „Polit. Korresp.“ zufolge hat sich die österreichisch-ungarische Regierung bereit erklärt, an der von der italienischen Regierung vorgeschlagenen, in Rom abzuhaltenden internationalen Sanitätskonferenz theilzunehmen.

Die hiesigen Genossen haben auf den 23. September 1890 nach Feis, Oberinnthal, eine Landesversammlung der Tyroler und Vorarlberger Arbeiter einberufen, mit der Tagesordnung: 1. Allgemeines über Arbeiterbewegung; 2. Organisation in politischer Hinsicht; 3. Die Parteipresse; 4. Gewerkschaftswesen; 5. Freie Vorträge. Wir haben

den österreichischen Korrespondenten, von dem er seitdem unsere heutigen Nummer herab, rührt, und über die Verhandlungen dieser Konferenz zu berichten.

Belgien.

In Brüssel ist am Sonntag der große belgische Arbeiterkongress zu Gante des allgemeinen Stimmrechts eröffnet, und De-fussigny zum Präsidenten ernannt worden. Zu der Versammlung, welche auch der italienische Delegierte als Vertreter von vierhundert Vereinen und Gesellschaften erschienen. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Veranstaltung von Kundgebungen für das allgemeine Stimmrecht in allen Arrondissementen-Gaueorten an demselben Tage, zur selben Stunde. Nach lebhafter Debatte wurde ein Antrag Volkers (Belgien) mit großer Majorität angenommen, dem zufolge in allen Provinzial-Hauptstädten am Sonntag vor dem Wiederzusammentritt der Kammern Kundgebungen stattfinden sollen. Hieraus wurde die Sitzung bis 2 Uhr Nachmittags vertagt.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen des Kongresses wurde nach langer Diskussion die Frage, ob ein allgemeiner Streik aller Gewerke zu empfehlen sei, durch einstimmige Annahme des Prinzips eines allgemeinen Streiks entschieden. Vorherrscher unterließ man, den Zeitpunkt für Proklamierung des Generalstreiks festzusetzen, den wir für ein unbrauchbares und daher die belgische Partei schädigendes Projekt halten müssen. Um 6 1/2 Uhr wurden die Verhandlungen unter dem Gesange der Marseillaise geschlossen.

Arbeiter-Bewegung.

Der sächsische Tabak-Arbeiter Kongress in Dresden wurde am 14. September, Vormittag um 11 1/2 Uhr eröffnet. Die Berichte der Delegierten zeigten ein lautes Bild über die Lohn- und Lebensverhältnisse der sächsischen Tabak-Arbeiter und Arbeiterinnen und kann man ihre Lage eine tieferliegende nennen. Bezeichnend ist, dass dort, wo keine Organisation vorhanden ist, die Zustände die denkbar schlechtesten sind. Die Durchschnittslohn in den vertretenen Orten stellt sich auf 10 bis 11 Mark. Die Anwendung der Kinder wird wohl in keinem Industriezweige so systematisch betrieben, wie in der Tabakbranche. Genauso verhält es sich mit der Frauenarbeit, deren Lohn, wie die Berichte ergaben, weit unter dem des Mannes steht. Es knüpft sich hieran ein vom Kollegen B. st. k. gehaltenes, von den Anwesenden sehr beifällig aufgenommenes Resol. Er meint, es ist notwendig, den Kindern einen besseren geistlichen Schulz zu lassen, noch zweckmäßiger wäre es, die Kinderarbeit ganz zu untersagen. Er fordert ferner die Gleichstellung der Frau auf wirtschaftlichem, sowie politischem Gebiet. Nur hierin ist die Erlösung der Frau zu suchen. Um dieses zu erreichen, muß fortwährend von männlicher Seite in den Reihen der Frauen für Aufklärung gesorgt werden. Kollege J. u. g. sagte, die Berücksichtigung legt Material genügend in untere Hände, er meint, wir haben noch volle Freiheitsgefühl, für die Aufbesserung unserer Lage zu arbeiten. Er zeigt, welchen Schaden die Gefährdung der Arbeiter hat, und wie die Negierung einen großen Teil Schuld mit daran trägt. Das Resolument, welches um umgibt, ist ebenfalls auf die Gefährdung zurückzuführen. Soche jedes Arbeiters sei es, dem Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter anzugehören, das kann Jeder als einzelnes Mitglied, dagegen kann selbst das sächsische Vereinsgesetz nichts ändern. Kollege v. o. E. m. erklärt, daß es sein Standpunkt schon stets gewesen sei, die Berechtigung und Berücksichtigung des Sortierereverbandes mit dem Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter herbeizuführen. Am zweiten Tage der Verhandlungen gingen nach erfolgter längerer Debatte über das „Wie organisieren wir uns?“ folgende Resolutionen ein: „Der in Dresden tagende Kongress der Tabakarbeiter des Königreichs Sachsen ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß nur durch eine Organisation nutzbringend sein kann, wenn alle Tabakarbeiter Deutschlands nur dem Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter in Dresden angehören. Da es in Sachsen durchaus nicht möglich ist, Parteien zu gründen, so wünscht der Kongress, daß der Vorstand obengenannten Vereins in allen Orten, wo auch nur einige Mitglieder vorhanden, Vertrauensleute ernannt, und diese mit dem Ausgablen der Reiseunterstützung betraut.“

Die zweite Resolution lautet: „Der vom 14. Septbr. 1890 in Dresden tagende Kongress der Tabakarbeiter Sachsens beauftragt die Dresdener Kollegen dahin zu wirken, daß seitens der Dresdener Arbeiter eine Kommission gewählt wird, welche die Aufgabe haben soll, alle Beschwerden der Gewerkschaften wegen Ausführung des sächsischen Vereinsgesetzes, wodurch der sächsischen Arbeiter die auf Grund des § 152 der sächsischen Gewerbeordnung garantierte Koalitionsfreiheit erschwert wird, entgegen zu nehmen, und auf Grund des gesammelten Materials eine Petition an den sächsischen Landtag auszuarbeiten und bei den sächsischen Arbeitern zur Unterschrift zu sammeln, welche zur Revision des sächsischen Vereinsgesetzes. Der Kongress schlägt nach dieser Richtung hin vor, zu beantragen, daß den Arbeitern im Königreich Sachsen — dem Industriell am weitesten entwickelten Lande Deutschlands — zum mindesten dieselben Rechte zur Bildung von Ver-

einen, Errichtung von Zahlstellen von in Deutschland anerkannten Zentralisationen und Gewerkschaften gewährt werden, wie den Arbeitern in den übrigen Staaten Deutschlands. Eine Appellation an eine richterliche Instanz gegen die Entscheidung der Polizeibehörden gelangte zur einstimmigen Annahme. Ein weiterer Antrag: „Für die Tabakarbeiter des Königreichs Sachsen soll eine Kommission mit dem Sitz Dresden gewählt werden, welche die Agitation im Lande hat; unterstützt soll selbige durch Vertrauensmänner aus den einzelnen Orten werden.“ fand ebenfalls einstimmige Annahme. Bei nochmaliger Berichterstattung über die bundesrätlichen Bestimmungen erklärt, daß in dieser Beziehung noch so wenig wie möglich gethan worden ist, und daß die Revision der Fabrik-Inspektoren nicht in der Weise erfolgt, in welcher sie zu erfolgen hat, und werden sämtliche Delegierte, nachdem sie in ihre Orte zurückgekehrt sind, nicht ruhen, sondern ihre Arbeit, welche ihnen der Kongress zur Aufgabe macht, fortsetzen, bis daß wir unsere Forderungen, welche wir als Menschen zu stellen berechtigt sind, zur Durchführung gebracht haben.

Es ist bemerkenswert, daß gerade in Verhandlungen oder Bestimmungen, welche die Unternehmer betreffen, dieselben verfahren, irgendwie durch eine Hintertür zu einschleusen, während sie betriebs derjenigen Bestimmungen und Bestimmungen, die den Arbeiter betreffen, verlangen, daß diese zur strikten Durchführung gelangen. Im Uebrigen paßt sich auch der sächsische Kongress den Beschlüssen des Erfurter Kongresses an und wird mit aller Kraft dahin streben, daß dieselben durchgeführt werden.

Unter „Verständenes“ wird durch einen Delegierten die Frage des internationalen Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen-Kongresses zu Antwerpen noch angeregt; während Einige für eine rege Theilnahme zur Beschäftigung desselben eintraten, glaubten Einzelne davon Abstand nehmen zu können wegen der damit verknüpften materiellen Opfer. Irrend ein Beschluß wurde nicht gefaßt; es wurde aber der Wunsch geäußert, daß derselbe beschickt werden möchte. — Zum Schluß wurde von den Redigenten J. u. g. und W. g. auf die augenblicklichen Verhältnisse noch hingewiesen; dieselben forderten nochmals auf, daß jeder Delegierte den Kongress in Erinnerung behalten möchte und an seinem Orte durch eine rege Agitation, der Organisation immer mehr neue Anhänger zuführen möge. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Organisation wurde der Kongress geschlossen.

Kelzig. Die hiesigen Buchdrucker brachten durch freiwillige Sammlungen für die Hamburger Hospitaller 623,68 Mk. auf, die Dresdener 272,25 Mk. Die Berliner Buchdrucker bewilligten zu diesem Zweck aus ihrer Kasse bekanntlich 2300 Mk.

Wohlan, 9. September. Auf Seite „Prinz von Preußen“ kam es wieder zu einem Konflikt zwischen Grubenverwaltung und Arbeitern. Die vor einigen Tagen von der Verwaltung verhängte Reduktion des Lohnes um 10 Pfg. pro Schicht wurde von den Schleglern am Samstag Morgen damit beantwortet, daß man nach vorheriger Vorstellung beim Grubenvorstand mit Arbeitereinstellung drohte und nicht zur Schicht anfuhr. Erst nachdem der Betriebsbeamte die Versicherung gab, daß die schwebende Angelegenheit zu Gunsten der Schlegler erledigt werden würde, fuhren dieselben schließlich sämtlich an. Die Grubenbehörde hatten sich, veranlaßt durch ihr Misstrauen gegen die Arbeiter, schließlich vollständig erboten und erhalten, die sich aber natürlich als völlig überflüssig erwies.

Elbing. Am Sonntag kam es unter den Arbeitern, welche bei den Ausgrabungen des Parikammer Wähllokales beschäftigt sind, zu einem Aufruhr, und zwar aus dem Grunde, weil der Schichtmeister Döckant den Arbeitern entweder keinen oder unregelmäßig Lohn auszahlte. Döckant war nämlich ungewollt, jedoch bereits wieder ergriffen. Die Unterschlagungen sollen sich auf ca. 1400 M. belaufen.

Kristiania. Die Buchdrucker hielten hier eine Delegiertenversammlung ab behufs Durchführung möglichst einheitlicher Arbeits- und Lohnbedingungen in Dänemark, Schweden und Norwegen. Es soll ein Tarifbund geschaffen und in Lohnbewegungen nur mit Zustimmung der Vorstände der verschiedenen nordischen Buchdruckervereine getreten werden.

Gerihts-Zeitung.

Am vergangenen Sonntag wurde vor der III. Ferienkammer des hiesigen Landgerichts ein Sozialistenprozess verhandelt. Der Buchhändler Karl Richard Leonhard aus Dresden hatte sich eines Vergehens gegen § 19 des Sozialistengesetzes schuldig gemacht. Im Mai d. J. bezog er aus der Schweiz 3 Exemplare des Werkes „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ von A. Bebel. Zwei Exemplare hatte er weiter gegeben, das dritte sel in die Hände der Polizei. Leonhard wurde zu einer Geldstrafe von 25 M. verurtheilt.

Am 28. Juni d. J. soll der Markthelfer Johann Wilhelm Ernst Richter in der Frankfurter Restauration auf hiesiger Annenstraße eine Sammelliste für die ausgeperrten Hamburger Arbeiter den Gästen präsentiert haben. Wegen einer ihm befohlen vom Stadtrat zugesandten Strafverfügung von 10 M. „wegen Kollektivens“ rief Richter die Entscheidung des Gerichte an. Er habe in der Restauration am Tische gestessen und die hiesigen

gezeichneten Beiträge auf der vor ihm liegenden Liste zusammengezählt. Einem anwesenden Zimmermann habe er auf die Frage: „Was das für eine Liste sei?“ den Bescheid gegeben, daß für die ausgeperrten Hamburger Arbeiter verwendet werden. Der Zimmermann habe ihm daraufhin auch gelautet und habe ihn demnächst, daß er — Richter — ihn zur Leistung des Beitrags veranlaßt habe. — Das Amtsgericht stellte sich jedoch nicht auf den Standpunkt des Stadtrats und sprach den Angeklagten kostenlos frei.

Elbing. Vor der Strafkammer standen 79 Klemperer der hiesigen Metallfabrik Metallwarenfabrik-Kriegsgesellschaft, angeklagt des Vergehens gegen die §§ 153 der Gewerbeordnung und 110 des Strafgesetzbuchs. Die Fabrik-Bahnarbeiter-Zeitung“ die Fabrikordnung kritisiert und war dafür entlassen worden. Die Angeklagten erklärten in einer Resolution ihre Solidarität mit der Kommission und streikten, indem sie gleichzeitig Lohnrückzahlung verlangten. Der Vorsitzende behauptete die Wahrheit des Artikels und schob dem Fabrikherrn die Schuld an dem Streik zu wegen seiner schroffen Haltung bei den Verhandlungen. Der Gerichtshof sprach Alle frei. Der Staatsanwalt hatte für die meisten Angeklagten 2-3 Wochen beantragt.

Kofales.

Die „Dresdener Nachrichten“ beschäftigen sich in ihrer Sonnabendnummer sehr eingehend mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ihrer Meinung nach wird von den Gegnern viel zu viel Klammere für dieselbe gemacht. Mehr oder weniger seien es alle Parteien, welche sich in dieser Beziehung schon „grober Schmeichelei“ schuldig gemacht haben. Dazu sei es beizubringen notwendig, daß über Alles, was in der Sozialdemokratie vorgehe, „Dach und Rechnung“ geführt werde. Das solle man doch den Sozialdemokraten selbst überlassen u. i. w. u. i. w. — Wie wir dies lasen, mußten wir unwillkürlich 13 Jahre zurückdenken. Damals gab es wohl kaum jemand, der sich in dieser Hinsicht „grober Schmeichelei“ schuldig gemacht, als die Herren in der Parteienstraße. Es war im Jahre 1877, als bekanntlich Bebel das erste Mal in Dresden-Alstadt als Sieger über den nationalliberalen Professor Dr. Kayhoff aus der Urne hervorging. Der Kampf wurde damals, wo den Arbeitern alle Säle in Dresden zur Verfügung standen, mit lebhafter Energie geführt; Tag für Tag fanden in den verschiedenen Stadtheilen massenhaft besuchte Versammlungen statt, in denen überall, wo es nur irgend anging, Bebel sprach. Aber auch der Kampf in der Presse, namentlich aber durch Flugblätter, war ein äußerst heftiger. Die Angriffe der Gegner fielen hagedicht und das damalige Arbeiter-Wahlkomitee mußte sehr auf dem Posten sein, um all die Hiebe schnell parieren zu können. Hierbei stellte es sich denn gar bald heraus, daß die kleinen, den Arbeitern zur Verfügung stehenden Druckereien nicht im Stande waren, alles dieses herzustellen zu können. Da waren es denn die Helfer der „Dresdener Nachrichten“, welche als bereitwillige Nothhelfer eintraten. Alle die Massenauflagen von vielen Tausenden von Flugblättern, namentlich an dem letzten der Wahl vorübergehenden Tage, wurden in der Druckerei der „Nachrichten“ selbst! Man sehe sich nur den Inkrantentheil des Blattes aus der damaligen Wahlbewegung an. Ganze Seiten von spaltenlangen Inkrantentheilen forderten zur Wahl Bebel's auf. Von dem damaligen Organ der Nationalliberalen, der „Dresdener Zeitung“, mußten denn auch die „Nachrichten“ viele Liebenswürdigkeiten einstecken. So brachte dieselbe nach der Wahl ein großes Gebicht: „Sutensberg's Welt vor der Redaktion der „Dresdener Nachrichten“, worin derselben alle Schuld an der Dresden milderfahrenen „Schmach“, durch einen Sozialdemokraten vertreten zu sein, aufgeführt wird. Mehrlich war es ein Jahr später, als Bebel über den Staatsminister a. D. v. Fredebeule. Auch diesmal machten sich die „Nachrichten“ beiseiten „Schmeichelei“ schuldig, sich — natürlich für gutes Geld — in den Dienst der Sozialdemokratie zu stellen.

Mit Bezug auf die bevorstehende Einführung des Invaliden- und Altersversorgungsgesetzes erklärt das Ministerium des Innern eine Generalverordnung wegen der den Krankenkassen obliegenden rechtzeitigen Beschaffung von Quittungsarten und Beitragsmarken, sowie sonstiger auf die Durchführung bezüglicher Vorbereitungen. Hiernach sollen die Krankenkassen, Gemeindebehörden und sonstigen Stellen, denen die Ausstellung der Quittungsarten, Einziehung der Beiträge, Verwendung der Marken z. obliegt, ihren voranschreitenden Bedarf bis zum 15. Nov. d. J., und zwar: die Krankenkassen ihrer Aufsichtsbehörde, die den Amtshauptmannschaften unterstellten Gemeindebehörden der ihnen vorgeordneten Amtshauptmannschaft, die übrigen Gemeindebehörden unmittelbar dem Vorstände der Versicherungsanstalt in Dresden anzeigen. Treßdem der Tag der Inkrafttretens noch nicht feststeht, sollen die Verwaltungsorgane der Krankenkassen (Orts-, Betriebs-, Bau-, Zünfte-, Knappschaffstassen und Gemeindeversicherungen) ihren Bedarf an Quittungsarten und Beitragsmarken bereits jetzt feststellen und prüfen, wie nach den §§ 1-4 des Gesetzes,

der Versicherungspflicht unterliegt und welcher Lohnklasse derselbe angehört. Die Gemeinde-Vorstände endlich sollen sich darüber schlüssig setzen, ob sie die Beschäfte bezüglich derjenigen versicherungspflichtigen Personen, welche einer der oben angeführten Klassen nicht angehören, also Mitglieder freier Hilfskassen oder aus Grund landwirthschaftlicher Vorherrscher errichteter Klassen sind, selbst übernehmen oder einer anderen von ihnen zu bezeichnenden Stelle überweisen wollen.

Folgende Warnung dürfte wohl Vielen nicht unwillkommen sein: Diejenigen Personen, welche durch Unwohlsein verhindert sind, an einem gerichtlichen Termin, zu welchem sie Vorladung erhalten haben, zu erscheinen, müssen in diesem Falle dem Gerichte rechtzeitig ein ärztliches Attest vorlegen. In einer am 9. d. M. in Ditzsch abgehaltenen Schöffengerichts-Verhandlung wurde eine Frau, welche ihr Ausbleiben wohl entschuldigend, aber kein ärztliches Zeugniß eingereicht hatte, zu 5 M. Geldstrafe event. einen Tag Haft und zur Ertragung der durch das Ausbleiben verursachten Kosten verurtheilt.

Dem Vernehmen nach werden die Dispositionen der Infanterie, welche sonst regelmäßig nach Schluß der Wänder entlassen wurden, noch 14 Tage im Dienst gehalten, um sie mit der Handhabung der neuen Infanterieweitere, welche in diesen Tagen an die Truppen gelangen werden, bekannt zu machen.

Berichtigung.

Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes werden wir von Herrn Inspektor Leuterich in Zankerode um Aufnahme nachstehender sich auf einen Artikel in Nr. 108 unter „Wauenscher Grund“ beziehenden „sachlichen Berichtigung“ ersucht:

Der Knecht Bure aus Ruffisch-Polen ist am Abend des 1. dieses Monats betrunken in den Stall gekommen und hat die ihm übertragene Arbeit nicht ausgeführt. Von mir deswegen zur Rede geföhrt, ergriff er eine Dünnergabel, um auf mich loszuschlagen. Ohne Anwendung von einem Stroh oder einer Hake entließ ich ihn dieselbe mit den bloßen Händen. Bei dem entstandenen Ringen hat Bure allerdings einige Verletzungen im Gesicht davon getragen. Dieselben waren aber so unbedeutend, daß er bereits am folgenden Tage sich wieder zur Arbeit meldete. Ich nahm ihn aber wegen der bewiesenen Unbotmäßigkeit nicht wieder an. er hat sich auch dessen ohne Weiteres beschieden und ausdrücklich erklärt, daß er Anzeige nicht erheben könne, weil er mit der Gabel auf mich losgegangen sei. Bure ist bereits am 3. dieses Monats nach Polen zurückgekehrt.

D. S. Leuterich, Inspektor.

Spredhsaal.

Größe übernahm die Bekleidung des Publikum gegenüber ihrer Verantwortung.

Das sächsische Gewerbeinspektariat wird förmlich befragt, wobei es dem kommt, daß in der Metallwarenfabrik Grimm u. Schütz, Pflanzengasse, noch immer die Schutzvorrichtungen an den Transmissionswellen fehlen, deren Mangel doch vor ca. drei Wochen eines Unglücksfalls verursacht hat.

Wahrung Metallarbeiter!

Durch Zufall sind zwei Entlassungsbescheide in meinen Besitz gelangt, die auf eine raffinierte Weise „geheim“ geschrieben sind. Um nun zu erfahren, ob wir es hier mit einer geheimen Verbindung der Eisen- und Metall-Industriellen oder mit einem planmäßigen Vorhaben des Reichsvereins-Verbandes zu thun haben, ist es nöthig, daß wir aus allen Theilen des Reiches ähnliche Entlassungsbescheide zu bekommen suchen. Ich möchte nun ein Interesse aller Arbeiter der Eisen- und Metall-Industrie das Erkennen stellen, wie alle verdächtigen Entlassungsbescheide (Freiendruck) zu sammeln, damit wir dieses grüßwürdige Treiben der Offensivität übergeben können.

Mit Gruß:

Theodor Schwarz, Altschule 16, Bäcker, Vertrauensmann der Eisen- und Metallarbeiter.

An die Freunde und Parteigenossen, welche auf Grund des Sozialistengesetzes aus Frankfurt a. M. und Umgebung ausgewiesen sind. Von Freunden und Genossen gingen mir Briefe und Karten zu des Inhalts: Was machen wir am 1. Oktober? Wer geht wieder zurück in die ehemalige Heimat?

Ich erlaube mir folgenden Vorschlag zu machen: Es mögen Alle wenn möglich erscheinen, und dann dieses am 1. Oktober nicht sein, so mag der 4. oder 5. Oktober der Tag sein, an dem wir uns nach Jahre langer Trennung einmal wiederfinden, um gemeinsam einige große Stunden zu arbeiten. Wer dann in Frankfurt nicht zu werden gedankt und sein gegenwärtiges Domicil wieder aufsucht, dem bleibt dann die Erinnerung an Stunden der Freude, nachdem er solche des Leidens und der Trennung erfahren mußte.

Mit dem herzlichsten Wünsche, daß wir alle sich unsere Wollwächter seien als im Jahre 1888 grüßt herzlich Heinrich Prinz, Poststraße 1, Darmstadt im September 1890.

Briefkasten.

Infolge eines der Redaktion sehr unglücklichen Verfehlers in der Druckerei lautet die Heberdrift des Beitrags in voriger Nummer: „Der internationale Sozialisten-Kongress“ während es „Der internationale Sozialisten-Kongress“ heißen mußte.

Stimmungslos wegen manchen eine Reihe wichtiger Einwendungen und auch ein bedeutungsvoller Artikel von Genossen H. B. im „Berliner Volksblatt“ über das Central-Organ für die nächste Nummer zurückschickte.

H. B., Rabenau. Ein bearbeiteter Bericht ist uns nicht zugegangen. E. D., Kromberg. Selbstverständlich.

Dresden, den 17. September 1890.

Der Bankrott der heutigen Gesellschaft.

Ein hochinteressantes Zugeständnis des Bankrottes der heutigen Gesellschaftsform geht...

Es ist das eine Besprechung des Ergebnisses einer Statistik der preussischen Universitäten...

Die heutige Gesellschaft ist einfach undig, ihre eigenen Kinder zu ernähren; für sie ist jeder Fortschritt der Bildung eine Gefahr...

Die Proletarier des Geistes sind schon heute genau so den Schwankungen des Arbeitsmarktes unterworfen...

Es ist also keine Ueberproduktion an Intelligenz an sich, denn die Menschheit kann nie zu viel Bildung haben...

Kann es ein härteres Urtheil über unsere heutigen Gesellschaftsstände geben? Ganz gewiss nicht...

Die Beschränkung der Produktion von Intelligenz nach den Feststellungen des statistischen Bureau...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Genilleton.

Die Arbeiterschul-Einrichtungen des Gemeinderathes von Paris.

über welche wir unsern Lesern schon öfter Mittheilungen gemacht...

Der Antrag, bezw. die Punkte 1 und 2 deselben wurden der ebenfalls auf Anregung...

- 1. Bei allen städtischen Arbeiten wird die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden herabgesetzt...
2. Bei allen städtischen Arbeiten wird die amtliche Lohnliste streng angewendet...
3. Alle für die öffentliche Gesundheit und die Entwicklung der Stadt Paris nöthigen Arbeiten werden sofort begonnen.

Der Arbeiter hat ein Anrecht auf die Zuschläge zu den gewöhnlichen Preisen, die in der Lohnliste bezeichnet sind.

wird sodann ein beschleunigter „Kindermord“, d. h. die Verhinderung des Universitätsstudiums...

In gutes Deutsch übersetzt heißt das: Laßt keinen in unsere Kunst; schließt die Thüre der Universitäten...

Die „Gefahr“ für die heutige „unvermeidliche“ Ordnung der Dinge kommt also auch in dieser Richtung „von Unten.“

Die „Gefahr“ für die heutige „unvermeidliche“ Ordnung der Dinge kommt also auch in dieser Richtung „von Unten.“

Die „Gefahr“ für die heutige „unvermeidliche“ Ordnung der Dinge kommt also auch in dieser Richtung „von Unten.“

Sozialpolitische Rundschau.

Deutsches Reich.

Sächsische Gemüthlichkeit. Vor einigen Monaten wurde in Uterlein, im Erzgebirge, ein braver Vorzeigemann begraben...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Sozialdemokratie.

Und — auch in anderen Deutschlandern giebt zum Glück „Gemüthlichkeit“.

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Sozialdemokratie.

Und — auch in anderen Deutschlandern giebt zum Glück „Gemüthlichkeit“.

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Sozialdemokratie.

Und — auch in anderen Deutschlandern giebt zum Glück „Gemüthlichkeit“.

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine sind in der That keine Organisationen...

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.

Vertical text on the right margin containing various small notices and advertisements.

Entscheidung zu bringen, ob der Handwerker... von denen es im Vergleich an die 20,000 gibt, irgendetwas in Nachteil gerathen kann, wenn er nachträglich in das Gesetz einbezogen wird, ohne sich bis dahin die für die Übergangszeit geforderten Arbeits- und Lohnnachweise der vorhergehenden letzten Jahre verschafft zu haben. Die Regierung in Düsseldorf hat auch bereits Schritte gethan, um festzustellen, inwieweit im Vergleich und in ihrem Bezirke überhaupt die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Handwerkbetreibenden wünschenswert ist. Sobald hierüber sichere Unterlagen gewonnen sein werden, wird die Regierung, wie sie der Bergischen Handwerkskammer bekanntlich, für diejenigen Berufsstände, welche der Wirkung des Gesetzes zu unterliegen sind, auf die Vorteile hinweisen, welche die frühzeitige Beschaffung der Nachweise u. s. w. für die Alters- und Invalidenversicherung im Gefolge hat.

Schwäbisches. Kürzlich wurde auf der Linie Stuttgart-Friedrichshafen aus dem Postwagen ein Postbeutel gestohlen und man vermuthete einen größeren Raub an Geld. Die „Ulmer Zeitung“ meldet nun, der geraubte Postbeutel habe eine Forderung enthalten, worunter sich die Unterhosenfabrikanten (Wädrastler?) befanden! Der Verlust verursachte „Aufregung“. Ein Nachwähler sei verhaftet worden.

Im Dienste der Sozialdemokratie sollen die — Kollportage-Romane stehen. Diese Entdeckung verbannt man einem Herrn Müller, der Buchhändler ist und kürzlich in einem frommen Konvikt ein Vortrag über: „Die Verbreitung christlicher Zeitschriften eine soziale Aufgabe der Gegenwart“ gehalten hat. Neben anderem Unsinns lehrte er sich auch diese unbedenkliche Behauptung. Er habe die Sozialdemokratie bekämpft die „Christlicher“ Zeitungen fällen.

Entschuldigung unschuldig Verurtheilter. Im Juni v. J. wurde in Berlin ein Kaufmann wegen Unzucht an Kindern unter 14 Jahren bestraft, zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt. Nach Wiederernahme des Verfahrens, betrieben durch den Rechtsanwalt Wundt, wurde der Verurtheilte als unschuldig freigesprochen.

Polales und Provinzielles.

† Bezüglich der Erwerbung der Bürgerrechte in Dresden veröffentlicht der Stadtrat den § 17 der revidirten Städteordnung. Hiernach sind zur Erwerbung des Bürgerrechts d e r c h t i g alle diejenigen Gemeindeglieder, welche 1. die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen, 2. das fünf- undzwanzigste Lebensjahr erfüllt haben, 3. öffentliche Armenunterstützung weder bezogen, noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben, 4. unbescholten sind, 5. eine direkte Staatssteuer von mindestens 3 M. entrichten, 6. auf die letzten zwei Jahre ihre Staatssteuer und Gemeindeabgaben, Armen- und Schulanlagen am ihres bisherigen Aufenthalt vollständig bezahlt haben, 7. entweder a. im Gemeindeglied anständig sind, oder b. daselbst seit wenigstens zwei Jahren ihren wesentlichen Wohnsitz haben, oder c. in einer anderen Stadtgemeinde des Königreichs Sachsen bis zur Fälligkeit ihres bisherigen Wohnsitzes stimmberechtigte Bürger waren. — Dagegen sind zum Erwerb des Bürgerrechts v e r p f l i c h t e t diejenigen zur Bürgerrechtsverwertung berechtigten Gemeindeglieder, welche a. männlichen Geschlechts sind, b. seit drei Jahren im Gemeindeglied ihren wesentlichen Wohnsitz haben und c. mindestens 9 M. an direkten Staatssteuern jährlich zu entrichten haben.

† Die sächsische Staatsangehörigkeit möchten gern viele Nachkommen erwerben, fürchten sich aber vor den „großen“ Kosten und den vielen Wegen. Das ist ein Irrthum, die Kosten sind ganz gering und kommen im allerhöchsten Falle auf 3 Mark zu stehen. Wer Sachse werden will, hat folgendes zu thun. Er schreibt an die Geburtsstätte, wo sein Vater geboren ist, und wenn er selbst in einem anderen Orte geboren ist, so muß er seinen Geburtsort beifügen. Wir nehmen an, der Vater von demjenigen, welcher Sachse werden will, ist in Gotha geboren, so hat er an die dortige Polizeiverwaltung folgendes Schreiben zu richten:

An die Herzogliche Polizeiverwaltung zu Gotha!

Die Herzogliche Polizeiverwaltung bittet der Unterzeichnete um Zusendung eines Staatsangehörigkeits-Nachweises zur Erwerbung der sächsischen Staatsangehörigkeit.

Name: Karl Heinrich Müller, geboren den 10. August 1858 zu Gotha.

Die der Bitte um baldige Zusendung zeichnet hochachtungsvoll

D. D., Maurer in Leipzig, Querstraße 18. Ist nun der Vater in Gotha und der Sohn, welcher eben Sachse werden will, in Magdeburg geboren, so muß der Sohn seinen Geburtsort aus Magdeburg mit nach Gotha schicken. Hat man den Staatsangehörigkeitsnachweis erhalten, so geht man damit auf das Rathhaus oder Gemeindebureau und das weitere wird von der Behörde besorgt. Veräume keiner, sich naturalisiren zu lassen, denn ohne Erfüllung dieser Bedingung kann man nicht theilnehmen an den Landtagswahlen und wenn man noch so lange schon in

Sachsen wohnt. Wer hier zu bleiben gedenkt, der begehre sich nicht freiwillig der politischen Rechte, die er haben kann.

† Die Arbeitsverhältnisse in verschiedenen hiesigen Blumen- und Blätter-Fabriken sind derartig mißliche, daß eine Abhilfe dringend geboten erscheint. So wird uns beispielsweise von einer Blumen- und Blätter-Fabrik auf hiesiger Güterbahnhofsstraße berichtet, das dortselbst das Strafenystem ein sehr ausgebreitetes ist. Kommt ein Mädchen 10 Minuten zu spät, so hat es eine Strafe von 10 Pf. zu zahlen. Ru lautes Sprechen oder Lachen bei der Arbeit zieht ebenfalls 10-20 Pfennige Strafe nach sich. Dehnt Jemand seine Essenpause zu lange aus, so kann es vorkommen, daß ihm das Butterbrot (vorangesetzt) daß der Lohn von 2.50 Mk 7 Mark pro Woche ihm den Luxus des Genusses von Butter gestattet) ohne Weiteres bei Seite geschoben wird. Eine festgesetzte Arbeitszeit existirt nicht, es wird oft bis 11 Uhr Nachts gearbeitet. Auch die Behandlung geht zu Klagen Anlaß. Schimpfreden gehören nicht zu den Seltenheiten. Hoffentlich werden auch die Arbeiter dieser Branche sich aufrufen, die Mißstände in Versammlungen kritischen und zum Zwecke der Beseitigung derselben gleich den anderen Klassenbewußten Arbeitern sich organisiren.

× Gotta. Mittwoch den 10. Septbr. fand hier in Erdmann's „Turnhalle“ eine öffentliche Einwohner-Versammlung statt, welche jedoch durch polizeiliche Auflösung ein vorzeitiges Ende fand. Auf der Tagesordnung stand die Einführung des Bürgerrechts für die Gemeindeglieder. Gemeindeglieder H. J. P. P. hatte das Referat übernommen und führte folgendes aus: Als durch Gesetz des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 den Arbeitern fast alle Befähigung im öffentlichen Leben unmöglich gemacht wurden, warfen sich dieselben, da die innerhalb derselben ruhenden Kräfte energisch nach einer Entlastung von Thätigkeit hindrängten, mit größerem Eifer auf die Gemeindegliederwahl, so mit ziemlichem Erfolg hauptsächlich in den größeren Arbeiterorten. Dem bis dahin fast im ausschließlichen Besitz dieser Posten befindlichen Kleinbürgerthum wurde dieses Einbringen der Klassenbewußten Arbeiter sehr bald unheimlich und unangenehm. Um so mehr, da dieselben sehr bald merkten, daß mit ihrem allberühmten Säulenbau nicht mehr weiter zu kommen sei. Mit den geistigen Fähigkeiten der neu auf dem Plan tretenden Gemeindeglieder konnten die selbsterhaltenen ebenfalls nur in den seltensten Fällen sich messen. Alles dieses führte dazu, daß schon im Jahre 1884 von Lindenau bei Leipzig eine Petition an den Landtag gelangte, worin um die Berechtigung zur Einführung der Bestimmungen der Städteordnung für die Gemeindeglieder nachgesucht wurde. Zunächst für Gemeinden, deren Einwohnerzahl 6000 überstieg. Durch Landtagsbeschluß wurde denn auch eine beratende Ergänzung der revidirten Städteordnung geschaffen und wurde Gemeinden mit 4000 Einwohnern das Recht zugesprochen, Gebrauch davon zu machen. Gleichzeitig wurde aber für alle Gemeinden das Alter für Ausübung des Stimmrechts von 21 auf 25 Jahre erhöht und vom 25-jährigen Wohnsitz in der Gemeinde abhängig gemacht. Was nun die Veranlassung für Gotta zur Einführung des Bürgerrechts sei, lasse sich un schwer erkennen. Früher hätte Niemand in der Gemeinde etwas über die Vorzüge im Gemeindeglied durch die Öffentlichkeit erfahren, konnte Jeder sich davon Kenntnis verschaffen. Bei wichtigen Angelegenheiten hätten die Arbeiter, welche die Unzufriedenheit im Gemeindeglied vertreten, öffentliche Einwohnerversammlungen einberufen, jedoch seien dieselben, wie in diesem Jahre 2 mal, verboten worden, so hätten sie es für ihre Pflicht gehalten, durch Flugblätter der Einwohnervereine Kenntnis zu verschaffen von den Vorzügen im Gemeindeglied. Dies Alles sei höchst unangenehm geworden. Auch sei in den Sitzungen des Gemeindeglieds stets darüber Klage geführt worden, daß dieselben zu lange dauerten. Er und seine Freunde seien aber stets der Meinung gewesen, daß eine gründliche Veranlassung mehr im Interesse der Gemeinde liege, als allzu schnelle Beschließung. Alle Verdrüssigkeiten gegen die Vertreter der Unzufriedenheit hätten sich bisher, Dank ihren öffentlichen Auftritten, als wirkungslos erwiesen, so sei man denn endlich auf die Einführung des Bürgerrechts gekommen, unbekümmert darum, daß man dadurch einer sehr großen Anzahl der Einwohner ihr Wahlrecht abschneide. Diejenigen, welche so unglücklich seien, nicht einen Lohn zu verdienen, welcher sie zur Zahlung einer Monats-Einkommensteuer von 3 Mark verpflichte, könnten nicht Bürger werden, und verlieren so ihr leibliches Stimm- und Wahlrecht. Redner widerlegt hierauf die in der Gemeindegliedsitzung vorgebrachten Gründe für Einführung dieser Neuerung. So begründete Gemeindegliedlicher Peter seine Ablehnung für die Neuerung damit, daß es einige hochachtbare Geschäftsleute gebe, welche gerne in den Gemeindeglied gewählt werden wollten, aber unter dem jetzigen System keine Aussicht dazu hätten. Redner erklärte, es sei wohl das Stärkste, was hier von genanntem Herrn geleistet worden sei: Um ein paar Streben den Eintritt in den Gemeindeglied zu ermöglichen, einer großen Anzahl von Einwohnern ihres staatsbürgerlichen Rechte zu berauben. Und dann hätte man doch seitens der strebsamen Gegner auch

darauf bedacht sein sollen, an die Öffentlichkeit zu treten und zu sagen, wie und was man eigentlich wolle. Dazu seien die Herren jedoch zu feig. Bei der Wahl vor zwei Jahren hätten sich die Gegner den letzten Abend vor der Wahl noch nicht einmal mit einer öffentlichen Bekanntgabe ihrer Kandidaten herausgewagt. Solchen Männern könne ein Klassenbewußter Arbeiter allerdings seine Stimme nicht geben. Wie es mit der Unabhängigen und selbständigen Bestimmung steht, beweise ein Vorfall aus diesem Jahre. Gelegentlich einer Bitte um Gehaltssteigerung eines Beamten, gegen welche die Vertreter der Unzufriedenheit sprachen und stimmten, welche aber von den Anhängern einstimmig genehmigt worden sei, habe später einer der Herren, die dafür gestimmt hatten, privatim erklärt, er sei zwar auch der Meinung gewesen, die Zulage sei nicht richtig, um sich jedoch keine Feinde zu machen, habe er dafür gestimmt. Auch noch anderer Richtung habe man gerade keine allzu guten Erfahrungen mit der Anwesenheit von Geschäftsleuten im Gemeindeglied gemacht. Redner verwies auf die bekannten Vorgänge beim Bau der Wasserleitung. Ein Arbeiter, der nicht innerhalb des Ortes seinen Erwerb habe, sei jedenfalls viel unabhängiger als der kleine Geschäftsleutchen im Orte. Mit der Hoffnung, daß die Arbeiter Gotta auch diesen Schlag zu pariren wissen, indem sie möglichst zahlreich Bürger werden, die Bedingung hatte Redner schon vor dem bekannt gegeben, schloß Redner seinen Vortrag. An der sich hieran anschließenden Debatte beteiligten sich die Gemeindegliedmitglieder Dittsch, Schröder und Friedrich. Ersterer führte aus, daß die Veranlassung zur Einführung des Bürgerrechts vom Grundbesitzerverein ausgegangen sei. Es sei beabsichtigt gewesen, vor der Entscheidung im Gemeindeglied eine Einwohnerversammlung einzuberufen, doch sei diese durch den Gemeindeglied einberufenen Sitzung unmöglich worden und sei man also erst heute in der Lage der Einwohnervereine die Sache vorzulegen. Alle Verbesserungsvorschläge der Unzufriedenheit seien abgelehnt worden. Herr Schröder bemerkte noch, daß als Grund der Maßregel mit angegeben worden sei, man hoffe dadurch die käuflichen Steuerzahler aus dem Orte zu drängen. Nach seinen Erfahrungen, die er als Schulverwalter gemacht habe, seien die schlechtesten Zahler nicht unter den Arbeitern zu suchen, dann es hätten wegen rückständigen Schulgeldern Leute mit der Auspflanzung bedroht werden müssen, trotz eines Einkommens von 1200, 1500 bis 2000 M. Diese würde man nicht los werden. Beiden Rednern wurden wegen angelegentliches Abweisen von der Tagesordnung vom überwachenden Beamten das Wort entzogen. Das gleiche Schicksal traf das Gemeindegliedmitglied Friedrich, welcher ausführte, daß die Einführung des Bürgerrechts schon vor 6 Jahren einmal projektiert war. Als derselbe einige Vorkommnisse bezüglich früherer, aus den Kreisen der Geschäftsleute gewählter Gemeindegliedmitglieder besprochen wurde, wurde ihm das Wort entzogen. Der Vorsitzende, H. Seifert, ersucht hierauf den überwachenden Beamten, ihm, dem Vorsitzenden das Wort zurückzugeben zu überlassen, worauf die Auslösung erfolgte. Gleichzeitig mußte Herr Erdmann seine übrigen Resolutionsentwürfe schließen. Aus welchem Grunde diese Maßregel getroffen wurde, ist schwer zu begreifen, da die Veranlassung in größter Ruhe verliert und die Anwesenden sich nach der Auflösung ruhig entfernten. Erforderlich zur Erwerbung des Bürgerrechts ist 1. die sächsische Staatsangehörigkeit, 2. die Vollendung des 25. Lebensjahres, 3. innerhalb der letzten 2 Jahre keine öffentliche Armenunterstützung bezogen zu haben, 4. unbescholten sein, 5. die Zahlung von 3 M. Staatseinkommen, 6. vollständige Bezahlung aller Gemeinde-, Schul- und Armenanlagen auf die letzten 2 Jahre, 7. zweijähriges Wohnen im Orte oder der Besitz des Bürgerrechts in einer anderen Stadt des Landes. Die Verleihung des Bürgerrechts erfolgt an die gegenwärtigen Bewohner Gotta bis 1. April 1891 kostenfrei gegen Erstattung der Verläge.

× Plauenscher Grund. Ein „Wohlfahrter der Arbeiter“ in ganz eigener Art ist der Herausgeber der „Deutener Zeitung“. Da die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden des Plauenschen Grundes trotz aller Klänge sehr wenig geneigt scheinen, seinen Lebensfalls schwer verunglückten Geschäftsfarren aus dem Stumpfe zu ziehen, so glaubt er von Seiten der Arbeiter eher auf diesen Lebensdienst rechnen zu dürfen, obgleich er auf Grund seiner bisher erwiesenen „Arbeiterfreundlichkeit“ hierauf schwerlich Ansprüche machen kann. Um seine Zeitung vor dem Kredenzgang zu bewahren, sucht er, freilich in recht seltsamer Weise, die Sympathie der Arbeiterschaft für sich zu gewinnen und gefällt sich zu diesem Zweck in der Rolle eines „Arbeiter-Heilands“. In ihrer Abwesenheit-Einladung auf das letzte Quartal 1890 verspricht die „Deut. Ztg.“, sobald ihre Abonnenten die Zahl 1000 erreichen würden, den Grund zum Feiern eines Spargewinns zu legen, um auf diese Weise, neben dem allgemeinen wohlführenden Zweck, auch „den Stolz der Arbeiter gegen die Invasoren der Hausbauwirtschaften Equipagen zu besänftigen.“ Das wäre ja sehr schön, aber die „Deut.“ werden jedoch den in dem Wohlfahrterthum verlebten Arbeiter und werden sich schwerlich zu Vorspanndiensten für die „Deut. Ztg.“ bereit finden lassen.

— Freiberg. Die Fachvereine in kleineren und mittleren Städten kommen nur selten zu einer

Höhe des Erfolges im Wirken nach innen und außen, wie das in großen Städten möglich ist. Die Schwierigkeiten, welche der Gründung sowohl als dem Fortbestehen eines Fachvereins in kleinen Orten entgegenstehen, sind häufiger und mannigfaltiger als in größeren, so doch schwerwiegender Natur. Zunächst fehlen an kleinen Orten gewöhnlich die Kräfte, welche mit Rebellen ausgestattet, der Organisation und Agitation mit Erfolg sich widmen. Die Geschäfte arbeiten einzeln oder in geringer Zahl beisammen und wickeln dem Deutschen zu wenig Anregung und Aufmunterung zu Theil. Mehrere, tüchtige und aufgeschulte Handwerkgesellen finden sich mehr in größeren als in kleineren Orten zusammen. Sie brauchen ein größeres Feld für ihre Thätigkeit und das finden sie in der Großstadt. In kleineren Orten halten sich die jüngeren zugereiften Gesellen gewöhnlich nicht allzulange auf und aus diesem Grunde halten sie es nicht für nöthig einem Fachverein erst beizutreten. Die älteren, einheimischen und verheirateten Gesellen aber sind zum Anschluß an eine Fachorganisation am schwersten zu bewegen. Sie, die die jüngeren Kollegen mit gutem Beispiel voran gehen, diese ausführen und das Klassenbewußtsein wecken sollten, treiben eher allerhand Anderes als daß sie zur Stärkung einer Organisation beitragen, welche zur Hebung ihrer Lage ins Leben getreten ist. Zum Theil liegt es bei ihnen an der Furcht. Der Meister dünkt, wenn er es erläßt, ein solches Geschäft zeigen, wohl gar mit der Kündigung drohen und in Rücksicht auf die Familie dürfen sie keinen Tag ohne Arbeit sein; lieber duden sie sich, nehmen eine Lohnkürzung mit Stillschwimmen an und suchen das Defizit durch längeres Arbeiten, vermehrte Anstrengung auszugleichen; wodurch ihre Lage, ohne daß sie sich darüber vollständig klar werden immer mehr verschlechtert wird. Zum Theil wollen sie sich nicht der vermeintlichen Gefahr: von der Polizei erkannt und von dieser als zielbewußter Arbeiter, womöglich gar als Sozialdemokraten verdächtigt zu werden, aussetzen. So lächerlich und hinfällig derartige Bedenken auch sind, so sind sie in Wirklichkeit bei diesen Leuten an kleinen Orten häufig zu finden, und wirken hemmender auf die Bewegung als in großen Städten wo der, welcher nicht gerade an der Spitze eines solchen Vereins steht, unbeschäftig bleibt. Eines der größten aller Uebel aber besteht in dem fortwährendem Mangel eines Lokals, in welchem die Versammlungen abgehalten werden können. Wie geneigt sind die Wirthe solcher Lokaltitäten, welche von Arbeitern zu Versammlungen angewandt werden, dem Unternehmensgeist und der Polizei zeigen, davon sind uns in den letzten Jahren Beweise in Halle und Halle gegeben worden. In Freiberg gibt es gegenwärtig nicht einen einzigen Wirth, welcher den Raum besitzt zu Fachvereinen noch viel weniger zu öffentlichen Versammlungen sein Lokal Arbeitern zur Verfügung zu stellen. Die Unkenntnis, wie sich der Beside gegenüber zu verhalten haben, die Angst, wenn Polizei dienlich in ihren Räumen erscheint, heimlich ertheilt, und sehr wohl bekannte Winte tragen gewöhnlich dazu bei, daß, wenn sie für den Moment auch ihre Zulage ertheilen, anderentags aber bestimmt schon unter allerhand nichtigenden lächerlichen Ausflüchten bedauern, dies gefast zu haben. Wenn auch von Seiten der Behörden den Wirthen das Dulden von Versammlungen weder verboten wird, noch verboten werden kann, so genügt aber bei ihnen schon eine leise Anspielung auf die Unannehmlichkeiten die sie verfallen und ein in Aussicht gestelltes Mißtrauenswort, um für das „Nein“ sagen schuldig zu werden. Das Mißtrauenswort und der Anstoß den sie bei einem Verein „Anhangsel reaktionärer Richtung“ erregen könnte, gilt ihnen als Entschuldigungsgrund für die Verleugung: loslassenwünschte Arbeiter bei sich aufzunehmen. Wer aber trägt die Hauptlast an dieser Katastrophe? Die Arbeiter selbst! Demuth und Unbewußt tragen sie den Wirthen, bei welchen sie sich nicht einmal erlauben dürfen, die Arbeitervertretung aus der Tasche zu ziehen und am Tisch zu lesen, ihre sauren verdorbenen Groschen hin. Anstatt einem Wirth, welcher zu Zeiten einmal den Arbeitern seine Lokaltäten auch zu Versammlungen öffnete, vollkommen zu unterliegen, sind viele zu bornirt, andere zu gleichgültig dazu und jeder zieht seine eigenen Wege; kein Wunder, daß solche Gesinnungsuntüchtigkeit able Folgen trägt. Damit nicht einigen Hundert Mann Soldaten unterzogen werden soll bei ihnen zu verfahren, rüthten es die Wirthe, tausenden von Arbeitern das Versammlungsrecht illusorisch zu machen; in der Gewissheit, daß diese gegen sie doch nichts unternehmen, noch wie vor bei ihnen verfahren und ihre Gäste bleiben. Arbeiter! Wirt! Es nicht beschämend auf Euch, daß Ihr selbst die Ruthe gebunden mit welcher Ihr jetzt gezüchtigt werdet? Laßt nicht nach! Leben, auch die Stumpfsinnigen, welche die Hand am Faustspindel nach Feierabend in bunztigen Büchlein fügen, um dort Vergessenheit ihres traurigen Loses zu suchen, anzuklären und zum Leben der Arbeiterblätter anzuhalten. Laßt Euch belehren, wenn Ihr gewarnt werdet und laßt die Wenigen, die für Eure Interessen kämpfen, nicht ganz im Stich, es laßt sich später vielleicht doch noch eine Organisation schaffen, welche Respekt einflößen im Stande ist. Von Euren Gegnern wird Euch diese Lachseligkeit sogar zum Vorwurf gemacht; schüme genug und hoch an der Zeit, daß Ihr Euch zur Abwehr dieser Mißstände einigt und zum Vorgehen entschlossen geht.